

Veröffentlicht in «Das Magazin» 25-2005

Sauberland ist abgebrannt

Die Schweiz hinkt beim Umweltschutz hinterher und gefährdet ihr Image als Öko-Musterland. Das ist schlecht für die Wirtschaft.

Text Ion Karagounis

Der Umweltschutz wird immer öfter für die schleppende wirtschaftliche Entwicklung in der Schweiz verantwortlich gemacht. Dabei geht vergessen, dass Gesellschaft und Wirtschaft auf intakte natürliche Ressourcen angewiesen sind. Es braucht daher immer wieder Eingriffe zum Schutz der Umwelt und der menschlichen Gesundheit. Idealerweise wirken sich solche Eingriffe auf eine Volkswirtschaft als ganzes positiv aus. Dies ist meist der Fall – zum Beispiel, wenn ein Innovationsschub ausgelöst oder wenn umweltbedingte Erkrankungen reduziert werden.

Doch man kann das Fell des Bären nicht waschen, ohne es nass zu machen. Neue Regulierungen zu Gunsten des Umweltschutzes bewirken immer eine Umverteilung von Finanzflüssen. Dabei gibt es konsequenterweise Verlierer. Das Beispiel der CO₂-Abgabe, die in der Schweiz vor der Einführung steht, illustriert das bestens: die Abgabe verteuert Erdöl und andere fossile Energieträger. Primäres Ziel der Verteuerung: den Verbrauch reduzieren. Das schmälert den Absatz der betroffenen Branche und diese wehrt sich verständlicherweise gegen die Abgabe. Will die Gesellschaft das übergeordnete Ziel des Klimaschutzes durchsetzen, darf sie nicht auf die Einwände der Branche eingehen.

Sind wir zu schnell?

Gute Argumente gegen Umwelt-Regulierungen, die über eine rein betriebswirtschaftliche oder branchenspezifische Optik hinausgehen, sind rar. Dies wissen auch die jeweils betroffenen Branchen, und deshalb haben sie das Killerargument gegen jeden staatlichen Eingriff schnell zur Hand: Gefährdung der internationalen Konkurrenzfähigkeit.

Gewichtige Teile der Wirtschaft funktionieren heute global. Es ist deshalb richtig sich zu fragen, wo die Schweizer Umweltvorschriften im internationalen Vergleich stehen. Sind wir zu gut und zu voreilig? Verfügen wir über zu strenge Umweltvorschriften, die uns international benachteiligen?

Das Gegenteil ist der Fall: in vielen Bereichen hat die Schweiz ihre Führungsrolle abgegeben. Um bei der CO₂-Abgabe zu bleiben: Über ein Dutzend europäischer Länder hat bereits Steuern auf CO₂-Emissionen oder auf den Energieverbrauch eingeführt. Die ersten waren in den Neunzigerjahren die skandinavischen Länder, heute sind Länder wie Belgien, Grossbritannien, Italien oder Slowenien ebenso dabei. Die Auswirkungen auf die

wirtschaftliche Entwicklung waren gering. Wo sie überhaupt messbar waren, fielen sie meist positiv aus. Dasselbe wird auch für eine Schweiz mit CO₂-Abgabe prognostiziert: bis zu zwanzigtausend neue Arbeitsplätze und ein volkswirtschaftlicher Nettonutzen von jährlich 80 bis 260 Millionen Franken.

Bei der Förderung der erneuerbaren Energien tut sich die Schweiz ebenfalls schwer; das nationale Förderprogramm Energie Schweiz entging letztes Jahr nur knapp dem Streichkonzert im Parlament. Hier geht für einmal Deutschland mit gutem Beispiel voran und erzielt Resultate, die sich rechnen: Anlagen zur Erzeugung regenerativer Energien sind mit rund 10 Milliarden Euro Umsatz und 120000 Beschäftigten im Jahr 2003 zu einem wichtigen Wirtschaftsfaktor geworden.

Überlebt hat das Programm Energie Schweiz letztlich, weil es einen überzeugenden wirtschaftlichen Leistungsausweis vorlegen konnte: So lösten die eingesetzten öffentlichen Mittel von 89 Millionen Franken im Jahr 2003 Investitionen von 814 Millionen Franken aus. Die Beschäftigungswirkung betrug rund 5500 Personenjahre, wobei vor allem das Baugewerbe profitierte.

Veraltete Technik für die Schweiz

Ein veritables Trauerspiel findet derzeit bei der Diskussion um die Partikelfilter bei Dieselmotoren statt. Diese Filter verhindern den Ausstoss von stark gesundheitsgefährdenden Feinstäuben. Ausnahmsweise berufen sich Politik und betroffene Branchen auf Europa – um die Verschärfung von Grenzwerten und damit die Filterpflicht noch einige Jahre zu verzögern. Doch die Gleichschaltung bringt nur Nachteile:

Bei den Personenfahrzeugen scheint die serienmässige Einführung von Partikelfiltern kurz bevorzustehen. Die Nachfrage ist gross und in den nächsten ein bis zwei Jahren wird mit Lieferengpässen gerechnet. Bedient werden zuerst die Länder, die am meisten Druck auf die Hersteller ausüben, so Österreich oder Deutschland. In der Schweiz dagegen kommen weiterhin gesundheitsschädigende Modelle ohne Filter in den Verkauf, und zwar zum gleichen Preis wie die ausländischen mit Filter.

Bei den grossen Baumaschinen will die Branche das bereits beschlossene Filterobligatorium wieder rückgängig machen, ebenfalls mit Berufung auf Europa (Motion von Nationalrätin Hutter). Dabei ist die Technik dazu vorhanden, im Untertagebau sind die Filter längst Vorschrift. Volkswirtschaftlich würde sich die Ausrüstung lohnen: die Bauwirtschaft müsste rund 300 Millionen Franken investieren, wogegen die Gesundheitskosten um rund 1600 Millionen Franken sänken. Doch wir jammern lieber über steigende Gesundheitskosten statt ein offensichtliches Sparpotenzial zu nutzen. Bauwirtschaft und Krankenversicherer sollten sich an einen Tisch setzen – sie würden sicher eine für beide Seite profitable Lösung finden.

Ein letztes Beispiel für den zunehmenden Rückstand der Schweiz ist die Aarhus-Konvention. Dabei müsste sie dem schweizerischen Urtrieb nach demokratischer

Mitsprache besonders nahe liegen. Bei der Konvention handelt es sich um einen völkerrechtlichen Vertrag, der jeder Person Rechte im Umweltschutz zuschreibt. Die Rechte bestehen in der Information über Umweltfragen, in der Beteiligung an Verwaltungsverfahren zu Projekten mit Umweltauswirkungen sowie in der Möglichkeit, Klage gegen Umweltbeeinträchtigungen zu führen. 35 Staaten und die EU selbst haben die Konvention bis heute ratifiziert. Die Schweiz dagegen wartet zu, wegen der zurzeit laufenden Diskussionen um das Verbandsbeschwerderecht.

Industrie wünscht strengere Vorschriften

Langfristig müssen Umweltgesetzgebungen international harmonisiert werden, damit für die global agierende Wirtschaft überall dieselben Voraussetzungen gelten. Doch das Resultat darf keine Nivellierung nach unten sein. Oder wären wir bereit, wieder verschmutzte Gewässer und stinkende Müllhalden in Kauf zu nehmen, um die Produktionskosten auf das Niveau von Osteuropa zu senken?

Ob Kommunikationstechnologie, Medizin oder Biotechnologie: für uns alle ist es selbstverständlich, dass die Entwicklung immer weiter geht, dass die Wirtschaft auf ständigen Fortschritt angewiesen ist. Gleich verhält es sich mit dem Umweltschutz: er wird sich weiterentwickeln und immer wieder neue Bereiche umfassen. Wer zur Weltspitze gehören will, darf sich auch dem Fortschritt beim Umweltschutz nicht verschliessen.

Davon sind nicht nur Verbandstheoretiker wie ich überzeugt. In den USA haben in letzter Zeit über die Hälfte der Bundesstaaten ihre Emissionsvorschriften verschärft. Gewünscht hat dies vielerorts die lokale Industrie. Sie befürchtet, technologisch gegenüber Europa in Rückstand zu geraten, weil staatliche Umweltvorschriften fehlen, die sie zu mehr Innovation antreiben.

Ion Karagounis ist Geschäftsleiter der Stiftung Praktischer Umweltschutz Schweiz Pusch. www.umweltschutz.ch, ik@umweltschutz.ch
